



*Katrin Reimer-Gordinskaya • Oliver Decker • Gert Pickel (Hrsg.)*

**DER BERLIN-MONITOR**

# **Antisemitismus Heterogenität Allianzen**

**Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen  
der Berliner Zivilgesellschaft**

Katrin Reimer-Gordinskaya • Selana Tzschiesche

**Zusammenfassung**

Der Berlin-Monitor ist ein seit 2019 von der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördertes Forschungsprojekt durchgeführt in Kooperation der Universität Leipzig und der Hochschule Magdeburg-Stendal.

[www.berlin-monitor.de](http://www.berlin-monitor.de)

© 2021 zu Klampen Verlag, Röse 21, 31832 Springe, [zuklappen.de](http://zuklappen.de)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Autor\*innen: Katrin Reimer-Gordinskaya, Selana Tzschiesche  
(Hochschule Magdeburg-Stendal)

Herausgeber\*innen: Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya (Hochschule Magdeburg-Stendal),  
Prof. Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig), Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig)

Unter Mitarbeit von: Julia Schuler, Charlotte Höcker, Henriette Rodemerk,  
Nabila Essongri, Dorothea Föcking (Universität Leipzig)

Lektorat: Tilman Meckel

Gestaltung und Satz: Uta-Beate Mutz, Leipzig

Druck: BoD – Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-86674-639-8

gefördert durch:



Senatsverwaltung  
für Justiz, Verbraucherschutz  
und Antidiskriminierung



Landesstelle  
für Gleichbehandlung –  
gegen Diskriminierung



Das Landesprogramm

# **Inhaltsübersicht**

## **Vorwort und Einleitung**

- I. Antisemitismus in Berlin: Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen**
- II. Plurale (jüdische) Zugehörigkeiten: Diskriminierung, Inklusion, Heterogenität**
- III. Gemeinsam gegen Antisemitismus, für Vielfalt und Demokratie?**

**Aktivierende Befragung: Erläuterung des methodischen Vorgehens als Lese- und Rezeptionshilfe**

## Vorwort und Einleitung

Berlin ist Lebensort einer heterogenen Bevölkerung, die in dieser Stadt Freiräume für diverse Lebensentwürfe schafft und findet. Zugleich spüren viele, dass diese Freiräume zunehmend bedroht sind. Der damit einhergehende Widerspruch wird nicht zuletzt in den jüdischen Communities der Stadt erlebt. Im Berlin-Monitor (vgl. Pickel et al. 2019) versuchen wir mit den uns zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Mitteln auszuloten, wie es um Kräfteverhältnisse zwischen progressiven und regressiven Strömungen in der Stadt bestellt ist, und Wissensgrundlagen für die Weiterentwicklung demokratischer Alltagskulturen zu schaffen.

Im Kontext der Aktivierenden Befragung, einem von drei methodischen Ansätzen (vgl. a. a. O., 70ff., und 122ff. in diesem Bericht), werden sukzessive vier Schwerpunkte mit qualitativ-subjektwissenschaftlichen Mitteln untersucht: Antisemitismus, Rassismen, Prekarisierung und Heteronormativität. Der vorliegende Bericht ist dem ersten Schwerpunkt gewidmet. Ausgangs- und Fluchtpunkt ist dabei die demokratische Zivilgesellschaft Berlins. Von ihr gehen wir gedanklich und praktisch-forschend jeweils aus. Ihre Akteur\*innen sind die primären Adressat\*innen des vorliegenden Berichts.

Vielen dieser Akteur\*innen der Berliner Zivilgesellschaft ist die längere Entwicklung des Ringens um demokratische Verhältnisse (nicht nur) in Berlin bekannt. Nach einem kurzen Moment der Hoffnung, den Schwung der DDR-Opportunistenbewegung für die Entwicklung demokratischer Alltagskultur nutzen zu können, griff auch in Berlin der nationalistische Furor der 1990er Jahre um sich. Zugleich boten gegenkulturelle Bewegungen ihm die Stirn und schufen Freiräume für non-konforme Lebensweisen. Aus diesen progressiven Strömungen speiste sich der um die Jahrtausendwende ausgebildete gesamtgesellschaftliche Kompromiss, der das ethno-nationale Paradigma zugunsten der Propagierung von Vielfalt hinter sich zu lassen begann. Die seit den 2000er Jahren aufgelegten Bundes- und Landesprogramme für Demokratie geben dem Umstand Ausdruck, dass auch unter diesen Vorzeichen Menschenrechte verteidigt und Teilhabe und Anerkennung erstritten werden mussten. Und während dies einerseits gelang, erodiert andererseits die gesellschaftliche Basis eines teils instrumentell verkürzten Verständnisses einer Gesellschaft der Vielfalt. Der ‚historische Block‘ (Gramsci), der diesen Kompromiss ‚für Vielfalt‘ trug, sieht sich seit den 2010er Jahren von einer zunehmend organisierten und vernetzten regressiven Strömung herausgefordert.

Dass wir uns vor diesem Hintergrund zunächst dem Schwerpunkt Antisemitismus widmen, liegt nicht nur daran, dass diesem in Politik und Öffentlichkeit in den letzten Jahren größere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Ausschlaggebend ist auch die Überzeugung, dass eine Demokratie in Deutschland nicht bestehen kann, wenn Juden\*Jüdinnen in ihr nicht ‚ohne Angst verschieden sein‘ (Adorno) können. Damit wird keiner Hierarchisierung von Leid das Wort geredet, sondern angesprochen, dass der ‚Zivilisationsbruch, verübt an Juden‘ (Diner), die Spannung zwischen Parti-

kularem und Universellem in sich trägt. Gesprächspartner\*innen drückten ähnliche Gedanken mit Blick auf die Bedeutung von Menschenrechten in der Gegenwart so aus: Die Garantie der *allgemeinen* Menschenrechte im Grundgesetz ist ohne *Auschwitz* nicht zu denken, und das Grundgesetz hat seine Bestimmung, eine *Republik* zu verfassen, nicht erreicht, solange *Antisemitismus* virulent ist.

Es ist aus unserer subjektwissenschaftlichen Perspektive begrüßenswert, dass in der Antisemitismusforschung jüngst die Perspektive der Betroffenen ins Blickfeld gerückt wurde und so bettet sich die Aktivierende Befragung in diese (recht junge) Forschungsrichtung ein. Es geht hier also um Antisemitismus als *Erfahrung*, als etwas, das von Menschen in Berlin erlebt wird bzw. werden muss, sowie um die Frage, welche *Folgen* dies insbesondere im Hinblick auf die Einschränkung des Rechts auf Gleichheit und Differenz hat. Das Interesse unserer subjektwissenschaftlichen Handlungsforschung gilt zudem der Frage, wie Betroffene auf Antisemitismuserfahrungen reagieren und welche mehr oder weniger defensiven und offensiven *Umgangsweisen* sie unter bestimmten Umständen entwickeln (können). Diese drei Teilbereiche behandelt das erste Kapitel.

Weil jüdische Zugehörigkeiten plural und die jüdischen Communities in Berlin im bundesweiten Vergleich relativ vielfältig sind, war es uns ein Anliegen, diese Diversität in thematisch relevanten Bereichen zu berücksichtigen. Dazu gehört insbesondere der Umstand, dass jüdische Berliner\*innen nicht allein Antisemitismus erfahren, sondern verknüpft mit oder unabhängig von diesem auch andere Formen der *Diskriminierung*. In und aus jüdischen Communities heraus entwickeln zivilgesellschaftliche Akteur\*innen auch angesichts dessen Initiativen, die auf *Inklusion* zielen. Dies vollzieht sich in einer jüdischen und nicht-jüdischen Umgebung, die durch *Heterogenität* gekennzeichnet ist, woraus insbesondere im Kontext der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft Blindstellen und Ausschlüsse entstehen, aber auch Perspektiven für die Formulierung gemeinsamer Anliegen sichtbar werden. Diese drei Teilbereiche sind Gegenstand des zweiten Kapitels.

Das dritte Kapitel widmet sich vor diesem Hintergrund der Frage, inwieweit es in Berlin gelingt, angesichts der gegebenen Vielfalt Netzwerke, Allianzen und Bündnisse gegen *Antisemitismus* zu bilden. Dabei geht es auch darum zu rekapitulieren, welche Voraussetzungen in der Berliner Stadtgesellschaft geschaffen werden mussten, um diese Fragen aus jüdischen Perspektiven heraus zu stellen und praktisch aus jüdischen Communities heraus anzugehen.

Der Bericht schließt mit einer Erläuterung der Methodik und einem Ausblick auf den weiteren Verlauf der Aktivierenden Befragung.

Die Studie beruht auf Gesprächen mit 30 Expert\*innen, die fachliche und/oder persönliche Einblicke in die genannten Themenbereiche geben können. Ihnen gilt unser herzlicher Dank. Wir hoffen, dass die erarbeitete Rekonstruktion eine nützliche ergänzende Grundlage für die Weiterentwicklung der Gegenwehr gegen Antisemitismus und des Engagements für eine demokratische Alltagskultur in Berlin sein kann.

*Katrin Reimer-Gordinskaya (Haifa/Stendal) und Selana Tzschiesche (Berlin)*

# I. Antisemitismus in Berlin: Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen

## Zusammenfassung

Antisemitismus kommt in der Lebenswelt von Juden\*Jüdinnen (und anderen Betroffenen) in unterschiedlichen Phänomenen zum Ausdruck, die in unterschiedlicher Form und potenziell in allen Lebensbereichen *erfahren* werden. Er verletzt das Recht auf Gleichheit und Differenz insbesondere der jüdischen Berliner\*innen und beschränkt deren Möglichkeitsräume einer selbstbestimmten Lebensweise in dieser Stadt. Das gilt auch für *Folgen* von Antisemitismus und Shoa in der zweifach postnational-sozialistischen Stadtgesellschaft sowie Vermeidungsstrategien als Folge der Antizipation von Antisemitismus in unterschiedlichen Situationen und in Konstellationen, in denen sich die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft nicht in hinreichendem Ausmaß solidarisch verhält. Die *Umgangsweisen* der Betroffenen sind unter diesen Voraussetzungen einerseits auf individueller Ebene individualisiert-defensiv, andererseits wird auch offensiv reagiert. Auch hat die Etablierung professioneller Strukturen die Entwicklung hin zu einer kollektiv-offensiven Gegenwehr gegen Antisemitismus in und aus jüdischen Communities heraus ermöglicht. Im Einzelnen können die eingangs formulierten drei Leitfragen zusammenfassend wie folgt beantwortet werden:

*Wie stellt sich Antisemitismus in der Erfahrung von Betroffenen lebensweltlich dar?*

In Berlin leben Juden\*Jüdinnen als eine im bundesweiten Vergleich zwar relativ große und heterogene Community, aber als zahlenmäßig kleine Minderheit. Vermissen wird, jüdische Zugehörigkeiten in allen Lebensbereichen selbstbestimmt bzw. ohne diskriminierende Einschränkungen leben zu können.

Dem steht zunächst entgegen, dass Juden\*Jüdinnen in der und aus der Berliner Mehrheitsgesellschaft heraus in unterschiedlichen Lebensbereichen (Öffentlichkeit, Schule, Beruf, Bekanntenkreis) durch Praktiken der *Besonderung* zu Anderen gemacht werden und sich in Situationen wiederfinden, in denen es Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft schwerfällt, einen ‚normalen‘ Umgang mit Juden\*Jüdinnen an den Tag zu legen. Des Weiteren sehen sich jüdische Berliner\*innen ungewollt als jüdisch markiert, in philosemitischer Weise adressiert oder als ‚Mit-Bürger\*innen ausgeschlossen.

Jüdische Berliner\*innen (und andere Betroffene) erleben *antisemitische Aggressionen*, deren Urheber\*innen aus (fast) allen Bevölkerungsgruppen und politischen Strömungen kommen können. Aggressionen können in non-verbalen Gesten liegen bzw. antizipiert werden und sie zeigen sich in unterschiedlicher Qualität in einer Bandbreite von Phänomenen: von auf Personen und Dinge bezogenen abfälligen Kommentaren, der Äußerung von Stereotypen aus dem Reservoir christlicher Judenfeindschaft oder moderner Verschwörungsideologie, über den Versuch, jüdische Personen mit der Fahne Israels vom Gedenken ans nationalsozialistische Novem-

berpogrom auszuschließen, bis hin zu (fast) körperlichen Angriffen. Dabei können alle Lebensbereiche zum Ort des Geschehens werden (analoge und digitale Öffentlichkeit, Schule und Beruf, Wohnumfeld, Bekanntenkreis).

Die einerseits selbstverständliche jüdische Präsenz in der Stadt ist andererseits insbesondere dort *bedroht*, wo sie sich institutionell materialisiert und kollektiv gelebt wird. Während dieser bereits lange anhaltende Zustand vielen in der Mehrheitsgesellschaft erst mit dem Attentat auf die an Yom Kippur versammelte Gemeinde in Halle (Saale) im Oktober 2019 zu Bewusstsein gekommen ist, leben Betroffene auch in Berlin schon lange mit dieser Zumutung und fordern mehr Aufmerksamkeit für und Engagement gegen antisemitische Bedrohungspotenziale aus der heterogenen Mehrheitsgesellschaft.

Im *Israel-Blick der Mehrheitsgesellschaft* zu stehen, drückt sich in Widerfahrungen aus, die Besonderung, Aggressionen und Bedrohungen umfassen. Und so wie an die Stelle von Juden\*Jüdinnen im antisemitischen Blick ‚der Jude‘ tritt, wird Israel mittels ‚Israelkritik‘ zum ‚jüdischen‘ Staat, auf den sich Ressentiments richten, während dessen Entstehung und Bedeutung für Juden\*Jüdinnen angesichts des historischen und aktuellen Antisemitismus ausgeblendet bleiben.

#### *Welche lebensweltlichen und persönlichen Folgen hat Antisemitismus?*

Antisemitische Besonderung, Aggression, Bedrohung (inkl. des quer dazu liegenden Israel-Blicks) sind keine völlig distinkten Phänomene. Sie können ineinander übergehen und sich miteinander verbinden. Als solches Geflecht ist Antisemitismus als Erfahrung und Antizipation in den Lebenswelten von Juden\*Jüdinnen präsent. Die aktuell erfahrenen Formen der Besonderung, Bedrohung und Aggression sind für die Betroffenen *persönlich belastend*. Sie verletzen das Recht auf Gleichheit und Differenz. Zudem erfahren Betroffene vonseiten Dritter keine hinreichende Unterstützung und müssen teils mit sekundär antisemitischen Reaktionen rechnen. Zu den Folgen gehört auch, Antisemitismus zu antizipieren und vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Dazu zählen Vorsichtsmaßnahmen im Sinne der Gewährleistung von Schutz vor Gewalt ebenso wie der unfreiwillige Verzicht auf die Performanz jüdischer Zugehörigkeiten, soweit die Betroffenen zu *invisible minorities* zählen.

Zu den Folgen von Antisemitismus zählt schließlich auch die Nachgeschichte der Shoa. So ist Berlin nicht nur eine urbane Stadt, sondern umfasst auch eine zweifach postnationalsozialistische Mehrheitsgesellschaft. In deren erinnerungskultureller Praxis werden Juden\*Jüdinnen in unterschiedlicher Weise instrumentalisiert und die in diesem Kontext entstehende Historisierung von Antisemitismus behindert die Wahrnehmung von dessen Ausmaß und Bedeutung in der Gegenwart.

#### *Welche individuellen und kollektiven Umgangsweisen mit (Folgen von) Antisemitismus gibt es?*

Die Erfahrung und Antizipation von Antisemitismus schränkt das Recht auf Gleichheit und Differenz der jüdischen Berliner\*innen insoweit ein, als sie ihren Alltag

und ihre Lebenswelten unter solchen Bedingungen der Fremdbestimmtheit gestalten müssen. Allen Zumutungen des Alltags wird individuell, kollektiv-informell und professionell-kollektiv so begegnet, dass jüdisches Leben in Berlin in einer großen Vielfalt möglich ist. So werden Antisemitismuserfahrungen aktiv gehandhabt und wird je nach Umständen in der Situation eher defensiv oder eher offensiv reagiert. In privaten Netzwerken und halb-öffentlichen Infrastrukturen werden Antisemitismuserfahrungen im kleineren Kreis geteilt und eine Sprache entwickelt, die das öffentliche Sprechen hierüber vorbereitet. In kulturellen Szenen entstehen Allianzen, die als kollektive Handlungsmacht mobilisierbar sind. Und schließlich hat der Aufbau von Beratungs- und Monitoringstrukturen einen Prozess des Empowerments jüdischer Communities bestärkt und dazu beigetragen, die Schwelle der öffentlichen Thematisierung von Antisemitismus aus jüdischer Perspektive zu überschreiten. Problembeschreibungen und Forderungen, dem Antisemitismus systematisch in den unterschiedlichen Lebensbereichen zu begegnen, werden im Sinne von Advocacy an die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft gerichtet. Ob und inwieweit diese Selbstorganisation und Gegenwehr gegen Antisemitismus in und aus den jüdischen Communities in der nicht-jüdischen Berliner Zivilgesellschaft auf eine Resonanz stößt, die Allianzen stärkt und Solidarität ausbildet, wird in Kapitel III betrachtet.

## II. Plurale (jüdische) Zugehörigkeiten: Diskriminierung, Inklusion, Heterogenität

### Zusammenfassung

In diesem Kapitel II ist die Pluralität von (jüdischen) Zugehörigkeiten, die von Berliner\*innen gelebt werden, in einer gewissen Bandbreite – nämlich mit Blick auf Migrationsgeschichte, Feminismus/Queerness und ostdeutsche Herkunft – sichtbar geworden.

Mit den in diesen Hinsichten pluralen Zugehörigkeiten geht das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen für die Inklusion von Heterogenität sowohl in jüdischen als auch in nicht-jüdischen Communities, also für die Gestaltung diverser Alltagskulturen, einher. Zudem ist deutlicher geworden, wie komplexe Formen der Diskriminierung etwa (ehemalige) jüdische Migrant\*innen treffen können, wenn strukturelle, institutionelle und interaktive Dimensionen von bundesdeutschen Migrations- und Integrationsregimen sich mit Prekarisierung und (Folgen von) Antisemitismus verknüpfen. Dass und wie Akteur\*innen mit ihren Anliegen in der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft auf Grenzen stoßen und wie inklusivere Zusammenschlüsse gelingen könnten, ist am Beispiel feministisch-jüdisch-queerer Mobilisierung thematisiert worden. Schließlich konnte auch gezeigt werden, dass die Pluralität jüdischer Zugehörigkeiten und die Verknüpfung von Diskriminierung eine Herausforderung für die Berliner Beratungslandschaft und das bundesdeutsche Antidiskriminierungsrecht darstellen.

Im Einzelnen können die Leitfragen wie folgt beantwortet werden:

*Wie stellt sich aus der Sicht von Akteur\*innen das Verhältnis zwischen pluralen (jüdischen) Zugehörigkeiten, verknüpfter Diskriminierung und Intersektionalität dar?*

Intersektionalität ist ein Begriff, der eine der Sache nach ältere Problematik bezeichnet: nämlich die Schwierigkeit und Kunst, Communities und soziale Bewegungen *inklusiv* zu gestalten. Dies war und ist mit Blick auf jüdische Berliner\*innen in vielerlei Hinsicht nicht der Fall, so dass sie sich mit ihren Erfahrungen von antisemitischer und verknüpfter Diskriminierung aus solchen Kontexten ausgeschlossen sahen und sehen. Zugleich sind bestimmte Konzepte von Intersektionalität nicht nur nicht dazu geeignet, angemessenere Analysen, Repräsentations- und Handlungsstrategien zu entwickeln, sondern fungieren im Sinne eines Mechanismus, der jüdische Erfahrungswelten ausblendet, und Juden\*Jüdinnen ausschließt oder gar antisemitisch markiert. Der Sache nach sind jedenfalls in spezifischen Kontexten Strategien gefordert, die jüdische Berliner\*innen mit ihren pluralen Zugehörigkeiten nachhaltig(er) inkludieren und Antisemitismus kritisch(er) begegnen. Ob entsprechende Praktiken, Konzepte und Analysen als ‚intersektional‘ bezeichnet werden, ist demgegenüber nachrangig, gleichwohl können Intersektionalitätskonzepte antisemitismuskritisch weiterentwickelt werden.

*Welche Blindstellen und Ausschlüsse bestehen aus der Sicht von Akteur\*innen in relevanten Handlungsfeldern hinsichtlich von Perspektiven und Anliegen jüdischer Communities?*

In der Berliner Beratungslandschaft ist der Mangel an Anlaufstellen für Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind, entdeckt und überwunden worden; eine aktuelle Herausforderung besteht darin, Diskriminierungen von Juden\*Jüdinnen, die mit Antisemitismus verknüpft sind oder unabhängig von diesem erfahren werden, kompetent aufzufangen. Im bundesdeutschen Antidiskriminierungsrecht ist es teils schwierig, antisemitische Diskriminierung geltend zu machen, obwohl das AGG den Diskriminierungsschutz des Grundgesetzes hatte ausweiten sollen. Insoweit feministisch-jüdisch-queere Initiativen Netzwerke und Allianzen in der nicht-jüdischen Zivilgesellschaft entwickeln (wollen), begegnen Akteur\*innen Forderungen, sich von Israel zu distanzieren oder mit antisemitischen Organisationen zu solidarisieren, so dass hier Ausschlüsse von Juden\*Jüdinnen produziert werden. Mit Blick auf Debatten um institutionelle und strukturelle Diskriminierung von Menschen in bundesdeutschen Migrations- und Integrationsregimen ist der Einbezug von Perspektiven und Interessen unterschiedlicher Gruppen und Generationen jüdischer Migrant\*innen bislang nicht wahrnehmbar präsent. Schließlich wird auf die Schwierigkeit verwiesen, dass Juden\*Jüdinnen aus einer säkularen Mehrheitsperspektive in einer Weise als religiös gelesen werden, die einer unbewusst-christlichen Tradition entspringt und in einer problematischen Entgegensetzung von Partikularismus und Universalismus mündet. Befürchtet wird, dass eine entsprechende Engführung jüdischer Zugehörigkeiten der Preis für Allianzen und Bündnisse sein könnte.

*Inwieweit lassen sich aus der Sicht von Akteur\*innen Perspektiven und Anliegen jüdischer Communities inklusive von Antisemitismuskritik in komplexe Strategien für Teilhabe und Anerkennung einbeziehen?*

In jüdischen Communities stoßen feministisch-jüdisch-queere Initiativen, die plurale Zugehörigkeiten repräsentieren und Anliegen spezifischer Gruppen ansprechen, auf Resonanz. Teilweise ist dies auch in der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft der Fall. Das Problem, antisemitische Diskriminierung im Rahmen des AGG teils nicht geltend machen zu können, sowie die Forderung nach einem ‚postkategorialen‘ Herangehen sind mit dem Berliner LADG überwunden bzw. aufgenommen worden. Feministisch-jüdisch-queere Initiativen finden Anknüpfungspunkte für die Entwicklung inklusiverer Communities in der nicht-jüdischen Zivilgesellschaft insoweit, als dort Antisemitismus wahrgenommen und diesem (selbst-)kritisch begegnet wird. In migrationspolitischen und rassismuskritischen Feldern wird bislang wenig berücksichtigt, dass Jüdinnen\*Juden teils von ähnlichen Effekten bundesdeutscher Migrationsregime betroffen sind, Aspekte ihrer Lage dabei aber spezifisch sind. Der Versuch, auf die prekäre Lebenslage ehemaliger Kontingentflüchtlinge in einer inklusiven Art und Weise hinzuweisen und eine politische Antwort auf die Altersarmut der Betroffenen zu erwirken, ist gemacht worden – und harrt bislang einer solidarischen Reaktion aus Politik und Zivilgesellschaft. Und: 30 Jahre nach dem

Mauerfall wird die kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der DDR einerseits fortgesetzt, andererseits wird auch aus jüdischen Communities heraus dazu aufgefordert, die jüdisch-ostdeutsche Geschichte nicht nur unter diesem Aspekt zu betrachten, sondern deren Spezifika differenzierter auszuloten und in die zunehmend reflexive Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und dem Erbe der DDR einzubringen. Heute sind Jüdinnen\*Juden aus Ost- und Westeuropa, Israel, den USA und anderen Teilen der Welt Teil einer postmigrantischen Konstellation in Berlin und teilen mit anderen das Interesse, die Stadt als Ort des Ankommens, Bleibens und Zusammenkommens (in sozialer, politischer und künstlerischer Hinsicht) mindestens zu erhalten. Diese eher explorativen Betrachtungen zu Möglichkeiten und Herausforderungen zivilgesellschaftlichen Engagements für eine ‚Gesellschaft der Vielen‘, die jüdische Berliner\*innen selbstverständlich einbezieht, wird in kommenden Schwerpunkten der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor – Prekarisierung, Rassismen, Heteronormativität – vertieft.

### III. **Gemeinsam gegen Antisemitismus, für Vielfalt und Demokratie?**

#### **Zusammenfassung und Ausblick**

In Kapitel III sind unterschiedliche Handlungsfelder betrachtet worden, in denen eine vielfältige demokratische Alltagskultur in Berlin insbesondere auch aus jüdischen Communities heraus entwickelt wurde bzw. wird. Dazu zählen in historischer und zeitgenössischer Dimension die Etablierung eigenständiger jüdischer Lebenswelten sowie deren Pluralisierung, als Teil der Urbanisierung Berlins. In diesem Zeitraum bildete sich u. a. auch durch diese Prozesse das Selbstverständnis heraus, eine Migrations- bzw. postmigrantische Gesellschaft zu sein. Jüdische Kulturen in Berlin werden auch jenseits der Gemeinden durch eine heterogene, transnationale Community hervorgebracht und es werden Allianzen diesseits der Dominanzgesellschaft unter Einschluss jüdischer Perspektiven und Lebensrealitäten insbesondere im kulturellen Bereich entwickelt. Die Gegenwehr gegen Antisemitismus hat im Vergleich zur zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit anderen konzeptiven Ideologien und gewaltvollen Praxen in der Nachwendezeit und nach dem Millenniumswchsel eine nachholende Entwicklung durchlaufen. Antisemitismus wird mittlerweile jedoch auch in relevanten Teilen der nicht-jüdischen Zivilgesellschaft als zeitgenössisches und vielgestaltiges Phänomen verstanden, das Menschen in ihrem Alltag unmittelbar betrifft. Auch umfassendere Bündnispolitiken sind vor diesem Hintergrund (vorläufig) angestoßen worden. Zugleich bestehen in allen Handlungsfeldern – gegen Antisemitismus, für Vielfalt und für Demokratie – teils sehr grundlegende Herausforderungen. Im Einzelnen können die eingangs formulierten vier Leitfragen zusammenfassend wie folgt beantwortet werden:

*Welche Voraussetzungen wurden seit den 1990er Jahren geschaffen, so dass heute die Frage nach gemeinsamem Handeln gegen Antisemitismus, für Vielfalt und Demokratie aus jüdischen Communities und Perspektiven gestellt werden kann?*

Ostdeutsche jüdische Akteur\*innen haben in der Wendezeit dafür gesorgt, dass zunächst in der DDR und dann in der vereinten Bundesrepublik Deutschland Möglichkeiten zur Einwanderung von Juden\*Jüdinnen aus der (ehemaligen) UdSSR geschaffen wurden. Im Zusammenspiel mit der Aufbruchsstimmung in den 1990er Jahren ist innerhalb und jenseits der jüdischen Gemeinden – durch Konflikte hindurch – eine Bandbreite und Heterogenität jüdischer Communities in Berlin entstanden. Das in den 1990er Jahren noch dominante ethno-nationale Paradigma, das mit der Kodifizierung des Abstammungsrechts (*ius sanguinis*) und der kontrafaktischen Vorstellung, kein Einwanderungsland zu sein, einherging, wurde um die Jahrtausendwende überlagert von einem realitätsgerechteren Selbstverständnis, eine Migrations- bzw. postmigrantische Gesellschaft der vor Ort lebenden Menschen zu sein (*ius soli* bis hin zu *urban citizenship*). Insbesondere in Berlin wurde die Idee einer Berliner Republik im vereinten Europa in der Perspektive einer weitergehenden Demokratisie-

rung teils Lebensrealität und teils Vision einer heterogenen Stadtgesellschaft. Vor diesem Hintergrund wurde es grundsätzlich möglich, Antisemitismus einerseits aus jüdischen Communities heraus als Juden\*Jüdinnen in ihrem Alltag unmittelbar treffendes Phänomen zu thematisieren und andererseits als gemeinsames Problem (in) der heterogenen Stadtgesellschaft zu verstehen und anzugehen. Analoges gilt für die Entwicklung einer jüdische Lebensrealitäten und Perspektiven einschließenden vielfältigen Alltagskultur sowie von Allianzen jenseits der Dominanzgesellschaft und Bündnissen für Demokratie.

*Wie steht es aus der Sicht von Akteur\*innen um die (Geschichte der) Resonanz und Solidarisierung im Einsatz gegen Antisemitismus in der nicht-jüdischen Berliner Zivilgesellschaft?*

1989/90 fanden auch die beiden postnationalsozialistischen Hälften Berlins zusammen, wobei Antisemitismus in der DDR und als aktuelles Problem weitgehend ausgeblendet und in den Folgejahren eine in vielerlei Hinsicht unzureichende Antwort auf rechtsextreme Gewalt gegeben wurde. Seit in den 2000er Jahren dann ein Umschwung hin zum sogenannten zivilgesellschaftlichen Ansatz der Demokratieförderung stattfand, wurde auch Gegenwehr gegen Antisemitismus proklamiert, aber jenseits einzelner Projekte lange Zeit nicht hinreichend beachtet und umgesetzt. Es brauchte einen langen Atem engagierter Akteur\*innen, bis Antisemitismus schließlich als eigenständiges und aktuelles Phänomen verstanden wurde. In den 2010er Jahren wurde infolge eines Perspektivwechsels Antisemitismus als lebensweltliche Realität und Erfahrung von Betroffenen thematisiert, in die heterogene Stadtgesellschaft kommuniziert und nicht zuletzt hierdurch mehr Aufmerksamkeit generiert. Ausgehend von der Sensibilisierung zentraler Multiplikator\*innen in den 2000er Jahren wurde zudem eine gewisse Bandbreite an Bildungsansätzen entwickelt, mit denen Jugendliche und Erwachsene unterschiedlicher Zugehörigkeiten und mittlerweile auch Berufsgruppen jenseits von Schule erreicht werden. Hier bestehen Herausforderungen darin, diesen breiteren Zielgruppenbezug zu stabilisieren und auszuweiten sowie zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit Institutionen zu kommen, die es erlauben würde, Organisationsentwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Zudem wird ein Austausch über Herausforderungen in der Bildungsarbeit wegen und gegen Antisemitismus gewünscht. Die Resonanz in den Zielgruppen wird als teils verhalten oder abwehrend, aber – auch aufgrund der öffentlichen Thematisierung von Antisemitismus – als zunehmend aufgeschlossen beschrieben. Im Kontext der Beratung zu, Dokumentation von und Kommunikation über Antisemitismus als lebensweltliche Realität wird sowohl von gelungenen Netzwerkentwicklungen berichtet als auch von Abwehrreaktionen. Als spezielle Herausforderungen wird dabei der Umgang mit Antisemitismus benannt, insoweit er von Urheber\*innen marginalisierter Berliner\*innen ausgeht bzw. diesen zugeschrieben wird. Und während es auch unter den Akteur\*innen diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen gibt, sind alle bestrebt, diesen Phänomenbereich des Antisemitismus so anzusprechen, dass Stigmatisierungen vermieden werden. In den letzten Jahren hat die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Antisemitismus Resonanz in der Berliner Politik und

Verwaltung erfahren. Es wurden Strukturen für Weiterentwicklung von Empowerment, Gegenwehr und Prävention geschaffen, die als Zwischenerfolge und Grundlage weiterer gemeinsamer Lernprozesse anerkannt werden. Übereinstimmend wird die von der extremen Rechten ausgehende Gefahr für Juden\*Jüdinnen, andere marginalisierte Gruppen sowie die Demokratie insgesamt gesehen. Allianzen und Bündnisse gegen diese Form der Demokratiegefährdung werden gewünscht, seien in Berlin jedoch noch nicht hinreichend stark und stabil. Einen Weg hin zu einer Juden\*Jüdinnen einbeziehenden und Antisemitismus reflektierenden Mobilisierung gegen die extreme Rechte weist die jüngere Geschichte des NSU-Tribunals.

*Inwieweit gelingt es aus der Sicht von Akteur\*innen, jüdische Erfahrungen und Perspektiven einschließende Allianzen für Vielfalt in Berlin zu entwickeln?*

Die Vernetzung jüdischer Initiativen und Gruppen in die heterogene nicht-jüdische Stadtgesellschaft gelingt teils, und teils wird sie als schwierig erlebt, weil die Gefahr der Instrumentalisierung als ‚jüdisches Feigenblatt‘ drohe oder eine Distanzierung von Israel zur Voraussetzung gemacht wird. Im Bereich sowohl jiddischer als auch anderer Bühnenkultur(en), die in Berlin von einer heterogenen, transnationalen Community kreiert werden, leben utopische Ideen von Zugehörigkeit über territoriale und andere Grenzen hinweg auf.

Allianzen haben ihren Ausgangspunkt im Zusammenschluss von Menschen und Gruppen, die sich jeweils auf unterschiedliche Art und Weise marginalisiert sehen. Sie zielen auf wechselseitige konkrete Solidarität im Alltag und die Entwicklung einer Lebensweise jenseits der Dominanzgesellschaft und als Alternative zur Dominanzkultur. Mit Blick auf die Etablierung eines nachhaltigen institutionellen jüdisch-muslimischen Dialogs wird als Minimalkonsens die Anerkennung Israels als jüdischer Staat sowie des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat formuliert. Und während dies einerseits als Voraussetzung einer Kooperation verstanden wird, sehen andere dies als Ziel von Gesprächen. Postmigrantische Allianzen haben potenziell geteilte Interessen im Blick und wollen Teilhabe und Anerkennung in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen erstreiten. Jüdische Akteur\*innen haben sich diesen Projekten einer ‚Gesellschaft der Vielen‘ bzw. ‚Radical Diversity‘ eingeschrieben und begonnen, die damit verbundenen (selbst-)kritischen Diskussions- und Aushandlungsprozesse zu führen. Bislang findet dies hauptsächlich in den Bereichen von Wissenschaft, Bildung und Kultur statt.

*Inwieweit gelingt es, Bündnisse gegen Antisemitismus, für einen inklusiveren Alltag und mehr Teilhabe zu entwickeln, um die demokratische Alltagskultur Berlins insgesamt zu vertiefen?*

Politische Bündnisse, in denen gemeinsame Interessen im Vordergrund stehen und Unterschiede und Differenzen prozessual verhandelt und Kontroversen in einem solchen gemeinsamen Horizont ausgetragen werden können, stehen in Berlin (noch) am Anfang. In den vergangenen Jahren ist es eher zu Ausschlüssen, Konflikten und Brüchen gekommen, weil (insbesondere israelbezogener) Antisemitismus in der

nicht-jüdischen Zivilgesellschaft nicht hinreichend wahrgenommen und diesem nicht ausreichend begegnet wird. Das Unteilbar-Bündnis wendet sich dezidiert auch gegen Antisemitismus und tritt für eine offene und solidarische Gesellschaft ein. An der Demonstration beteiligten sich auch Menschen aus jüdischen Communities, wobei auch israelbezogener Antisemitismus und Antisemitismus unter Muslim\*innen angesprochen wurden. Die Demonstration wurde als Beginn eines Diskussions- und Aushandlungsprozesses über gemeinsame Interessen und Differenzen verstanden. Solche Foren sind wichtige Bausteine verbindender Politiken, auf deren Grundlage kollektive Handlungsfähigkeit gegen Antisemitismus, für Vielfalt und Demokratie entstehen können.